

Niederschrift

zur Sitzung des Ausschusses für Haushaltsüberwachung und Bürgerhaushalt der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Mittwoch, den 25.03.2015	18:30- 20:00 Uhr	Beratungszimmer des Alten Rathauses

Anwesenheit

SPD-Fraktion

Sebastian Rausch ,

Fraktion DIE LINKE.

Martin Gollmer , Gerold Sachse ,

CDU-Fraktion

Jens Hoffrichter , Uwe Koch ,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Thomas Fischer , Kai Hamacher ,

SPD-Fraktion

Jürgen Luban ,

Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz ,

Verwaltung

Barbara Scharf ,

Andrea Arnold , Dr. Eckhard Fehse ,

Abwesend

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Matthias Rudolph ,

FDP-Fraktion

Reinhard Ksink ,

Alternative für Deutschland (AfD)

Ulrich Anke ,

drei Gäste

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Rausch begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung sowie die Gäste.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit der Ausschussmitglieder werden festgestellt. Herr Rudolph (BFZ) wird durch Herrn Hamacher vertreten, Herr Sarrach (SPD) durch Herrn Luban.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird dahingehend geändert, dass der Punkt 4 „Feststellung der Niederschrift der Sitzung vom 27.01.15“, da es sich um eine nichtöffentliche Sitzung handelte, in den nichtöffentlichen Teil verlegt wird.

Zusätzlich wird als Punkt 7.2., auf Antrag von Herrn Fischer (BFZ), die „Diskussion über die eventuelle Beanstandung des Beschlusses über die Haushaltssatzung 2015 durch den Bürgermeister“ aufgenommen.

Mit diesen Änderungen wird die Tagesordnung einstimmig angenommen.

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.02.2015

Der Niederschrift der Sitzung vom 11.02.15 wird mit 6 Ja – Stimmen und 3 Enthaltungen zugestimmt.

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende des Ausschusses hat keine weiteren Informationen für die Mitglieder.

TOP 6 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen von den Einwohnern gestellt.

TOP 7 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 7.1 Weiterentwicklung des Bürgerhaushaltes

Nach dem Herr Stepniak in der vorigen Sitzung das Modell des Bürgerbudgets der Stadt Eberswalde vorgestellt hat und über die Erfahrungen damit berichtete, haben sich die Ausschussmitglieder in ihren Fraktionen mit diesem Thema beschäftigt. Die Unterlagen, die Herr Stepniak zur Verfügung stellte, sind den Ausschussmitgliedern im Vorfeld der Sitzung per Email übergeben worden.

Einleitend gibt Herr Dr. Fehse als Kämmerer hierzu eine Stellungnahme ab. Er weist darauf hin, dass in Eberswalde 10 T€ an Sachkosten für die Umsetzung des Projektes in den Haushalt eingestellt wurden, ebenso eine halbe Personalstelle dafür finanziert wurde (ca. 20 T€). Wirtschaftliche Aspekte können in diesem Fall nicht mehr greifen.

In Fürstenwalde wurde die Abwicklung des Bürgerhaushaltes bisher ohne zusätzliches Personal abgesichert. Auch Druckerzeugnisse wurden kostengünstig im eigenen Haus erstellt.

Es wird darauf hingewiesen, dass z.Zt. in der Kämmererei auch keine freien Personalkapazitäten für die Umsetzung des Bürgerhaushaltes zur Verfügung stehen.

Herr Sachse berichtet über das Modell der Bürgerbeteiligung in Polen. Dieser Bürgerhaushalt wird aber nur in größeren Städten durchgeführt.

Nach einer lebhaften Diskussion, an der sich alle Ausschussmitglieder beteiligten, über die Höhe des Gesamtbudgets, der Teilprojekte, Art und Weise der Umsetzung u. a. sind sich alle Anwesenden einig, dass das Modell Eberswalde den Gegebenheiten von Fürstenwalde angepasst werden soll. Die Verwaltung wird beauftragt auf der nächsten Stadtverordnetenversammlung (23.04.15) eine dementsprechende Satzung vorzulegen.

Grundlage der Satzung ist die der Stadt Eberswalde.

Folgende Eckpunkte werden festgelegt:

1. Mittel für die Verteilung im Rahmen des Bürgerbudgets: 100 T€
Abstimmung: 5 Ja-Stimmen, 3 Gegen-Stimmen, 1 Enthaltung
2. Obergrenze der Einzelprojekte: 20 T€
Abstimmung: 5 Ja-Stimmen, 3 Gegen-Stimmen, 1 Enthaltung
3. Projektträger, deren Einreichung umgesetzt wird, dürfen in den nächsten 3 Jahren nicht berücksichtigt werden.
4. Teilnehmer : nur Fürstenwalder ab 14 Jahre
5. Stichtag für Einreichung von Vorschlägen: 31.August
Abstimmung: Ja einstimmig
6. Verwaltung erarbeitet entsprechende Satzung
7. Abstimmungsverfahren
Wie in Eberswalde, an einem Tag, mit Chips

Die Verwaltung wird dementsprechend eine Vorlage erarbeiten.

Von den Ausschussmitgliedern wird auf die Notwendigkeit einer öffentlichkeitswirksamen Publikation des Projektes „Bürgerbudget“ hingewiesen.

TOP 7.2 Diskussion über die eventuelle Beanstandung des Beschlusses zur Haushaltssatzung 2015 durch den Bürgermeister

Auf Antrag der BFZ-Fraktion wird das Thema, das Herr Zänker auf der letzten SVV angesprochen hat, und zwar, ob nicht Herr Hengst aufgrund der Verletzung des § 16 Abs. 2 KomHKV (Vorlage von Plänen, Kostenermittlungen und der Gleichen für Investitionen vor Veranschlagung im Haushalt) den Beschluss über die Haushaltssatzung 2015 beanstanden müsste.

Hierzu äußert sich Herr Dr. Fehse, dass Herr Zänker den Bürgermeister gebeten hat, dies zu prüfen. Diese Prüfung durch Herrn Hengst läuft noch.

Der Kämmerer vertritt hierzu seine Auffassung.

Wenn der § 16 wörtlich genommen werden soll, könnten fast keine Investitionsmaßnahmen in den Plan eingestellt werden. Die Verwaltung kann die Forderungen im Vorfeld nicht schaffen. Hierzu ist zum größten Teil Spezialwissen notwendig, das erkaufte werden muss. Dazu benötigt man auch die notwendigen Mittel.

Um der KomHKV gerecht zu werden und den Forderungen der Stadtverordneten nachzukommen, wurde im vorigen Jahr die „Dienstanweisung zum Investitionssteuerungsverfahren“ für die Planung und Abrechnung von Investitionen mit einem Wert über 75 T€ in Kraft gesetzt.

In dieses Verfahren werden auch die Stadtverordneten mit einbezogen.

Mit dem Grundsatzbeschluss werden den Stadtverordneten verschiedene Varianten einer Investitionsmaßnahme vorgelegt. Die Weiterführung einer Variante endet nach Beschluss und Vorlage von Kostenberechnung, Bauzeitplan, Folgekostenberechnung u. a. im Baubeschluss.

Mit Erstellung des Haushaltsplanes ist dies alles noch nicht leistbar.

Herr Fischer (BFZ) ist der Meinung, dass sich der Ausschuss gerade im Hinblick der Veranschlagung der Erweiterung des NCC-Bürogebäudes diesem Thema annehmen sollte. Zu diesem Objekt können keinerlei Kostenkalkulationen bzw. Pläne vorgelegt werden. Gerade mit diesem wertintensiven

Projekt wird mit der Dringlichkeit argumentiert.

Herr Hoffrichter (CDU) ist auch der Meinung, dass es besser gewesen wäre, hätte man diese Maßnahme über einen Nachtrag nach Vorlage von Wirtschaftlichkeitsberechnungen veranschlagt.

Herr Fischer wollte mit dem Antrag erreichen, dass über dieses Problem im Ausschuss noch einmal diskutiert wird, was hiermit auch geschah.

Auf Nachfrage weist Dr. Fehse darauf hin, dass die Einhaltung des § 16 KomHKV bei der Planung kein prüfungsrelevanter Punkt der Kommunalaufsicht darstellt.

TOP 8 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Herr Fischer möchte die Anzahl der Leser des Amtsblatt über das Internet wissen.

Dr. Fehse antwortet, dass bis jetzt sich 46 in den Verteiler eingetragen haben.

Herr Fischer stellte weiterhin die Anfrage an die Verwaltung, warum der Hortneubau und auch die Feuerwehrfahrzeuge nicht über Kredite finanziert werden konnten.

Der Kämmerer antwortet dazu, dass die Stadt als hochverschuldete Kommune (lt. unterer Kommunalaufsicht) nur noch die Genehmigung der Finanzierung über Kredite für rentierliche Maßnahmen von der Kommunalaufsicht erhält.

TOP 9 Informationen der Verwaltung

Es liegen keine weiteren Informationen der Verwaltung vor.

TOP 10 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Herr Rausch beendet den öffentlichen Teil der Sitzung.

Das Protokoll umfasst vier Seiten.

Sebastian Rausch
Vorsitzender

Barbara Scharf
Schriftführerin